

## Keine Verschleppung der Reichsfinanzreform.

Die Nordd. Allg. Ztg. hat kürzlich in einer Wochenchau geschrieben, daß der Reichstag die Reichsfinanzreform machen möchte und falls er bis in den Juli oder August hinein laien. Dies klingt sehr entschieden. Dazu schreibt der Reichsbote: „Eine hinausgedragene aber Pfingsten hinaus bedeutet eine Verschiebung bis in den Herbst. Und würde dann ein leichteres Arbeiten sein, nachdem die Interessen der Reichsfinanzreform den Sommer über in den Ouben gelegen haben?“

Die Regierungen müssen unter allen Umständen eine Entscheidung vor Pfingsten herbeiführen. Völlig in der Reichsreform aber im Stiche, zeigt er sich unfähig, positive Arbeit zu leisten, dann müssen die Regierungen den Mut haben, die unfähigen Parteien vor dem Saum zu brandmarken, indem sie die Session einfach vor Pfingsten schließen, ganz gleich, was dabei unter den Tisch fällt. Es gibt kein anderes Mittel, Arbeit zu schaffen. Der Mut, den Reichstag bis in den Juli und August hinein zusammenzuhalten, ist so schön, daß der Abg. Baumbach ihn rühmend haben könnte. Wäre ein anderer wie er Vorsitzender der Finanzkommission, dann wäre längst etwas zustande gekommen; das ist die Meinung aller, die Einblick in die Verhältnisse haben. Jedenfalls können die verhandelnden Regierungen, kann das deutsche Volk sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß bis in den Juli und August an der Reichsfinanzreform herumgearbeitet wird; es muß schleunigst gründliche Arbeit gemacht werden, noch vor Pfingsten. Kann das der Reichstag nicht, dann sollen die verhandelnden Regierungen die Bude schließen und den Reichstagspräsidenten unter den Parteien durch den Volkswohl, der sich dann erheben wird, die Bude weilen lassen.

Im Anschluß an die letzten Ausführungen der Nordd. Allg. Ztg. hat sich ein Streit darüber entsponnen, wer die Schuld daran trägt, daß bisher nichts zustande gekommen ist. Die Parteien klagen einander und die verhandelnden Regierungen an; höher ist zunächst aber die ungelagte Parteipolitik und Parteipolitik der Hauptschuldige. Die verhandelnden Regierungen würden aber noch größere Schuld auf sich laden, wollten sie nicht endlich den Mut zeigen, dem ganzen Treiben ein Ende zu machen, wenn die Finanzkommission nicht vornommt kommt. Daß sie fast nichts geleistet hat, liegt klar auf der Hand.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Verhandlungen über ein kaiserlich-königliches Kaiser Wilhelm's mit König Viktor Emanuel sind abgeschlossen. Ort und Zeit der Begegnung stehen noch nicht fest.

Den in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten über eine beabsichtigte Begegnung zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem König Eduard auf der Insel Malta wird in unrichtigen Kreisen London's widersprochen. Diese Nachrichten werden darauf zurückgeführt, daß sowohl mit der Möglichkeit eines Besuchs Kaiser Wilhelm's auf der Insel Malta als mit einem solchen des Königs Eduard dort in diesem Frühjahr noch gerechnet werden dürfe. Doch seien keinerlei Vereinbarungen getroffen, die dieses Mal eine Begegnung der beiden Monarchen auf ihrer Mittelmeerfahrt als wahrscheinlich erscheinen lassen.

Die deutsche Regierung hat mit dem beschlossenen Antisubversivgesetz, den die Deutsch-Austriische Bank für die Zwecke des Bahnbauwerks Kanton-Danien in Bezug in durchaus einwandfreier Weise abgeschlossen hat, nichts zu tun. Ob die englische Regierung mit Rücksicht auf die bestehenden Abmachungen Veranlassung hat, sich über das Verhalten der chinesischen Regierung zu beschweren, entzieht sich nach einer halbamtlichen Erklärung der Beurteilung der maßgebenden

## Am eine Fürstenkrone.

35) Roman von Reinhold Ortman.

„Rein?“ gab Mothringen kurz und mit hart klingender Stimme zurück. „Sie wissen, Frau Gräfin, daß ich Sie doch nicht wohl halten konnte; aber ich hielt Sie allerdings für minder nachsichtig, und ich glaubte, daß Sie genug edle Sinnesart besitzen, um da, wo Sie sich beliebt glauben dürfen, auf vornehme Art Vergeltung zu üben.“

„Aber das klingt nicht sehr schmeichelhaft für mich, lachte sie, durch seine Worte erschüttert nicht im mindesten gekränkt. „Nad, worin könnte denn Ihrer Meinung nach diese vornehme Vergeltung bestehen?“

„In Ihrer Bereitwilligkeit zur Verzeihung, wenn man Ihnen von der andern Seite die Hand dazu entgegenstreckt.“

Ein Blick des Verständnisses und zugleich des Jernes leuchtete in ihren Augen auf. Er kam also wirklich als Unterhändler zu ihr — er hatte sich von dieser Komtesse einen Auftrag an sie erteilen lassen! Die neu erwachende Überlebenslust packte sie mit solcher Gewalt, daß sie für einen Moment die Zähne zusammenpreßte und die Hände ballte.

„Nichts weiter als das also?“ fragte sie höhnisch. „Nad, man trägt sich auf ferner andern Seite vielleicht in der Zeit mit so großmütigen Absichten — jetzt, nachdem man zu der Erkenntnis gekommen ist, daß ich nicht zu denen gehöre, die sich ohne Widerstand beschlimpfen und beschleichen lassen! Es würde mich nicht

deutschen Stellen und ist auch ausschließlich zwischen England und China abzumachen.“

### Osterreich-Ungarn.

„In den in den letzten Tagen von englischer Seite verbreiteten Meldungen über den Bau österreichischer großer Kriegsschiffe wird aus Wien berichtet, es sei schon vor Monaten gemeldet worden, daß im Herbst d. mit dem Bau von vier und nicht drei Schlachtschiffen in der Größe von ungefähr 20 000 Tonnen begonnen würde, falls die Kosten hierfür seitens der im Frühjahr zusammen tretenden Delegationen bewilligt würden. Es wird beachtet, den Bau der vier Schlachtschiffe bis 1913 zu beenden.“

Die österreichisch-ungarische Regierung ergreift jetzt strenge Maßregeln gegen die tschechische Unruhbewegung. Bei der kürzlich stattgefundenen Auflösung der nationalsozialen Jugendorganisationen beschlagnahmte die Polizei insgesamt 12 000 Protokolle über Sitzungen der militärischen Jugendverbände. Es wurde festgestellt, daß die aufgelösten Organisationen etwa 15 000 Mitglieder hatten. Die Behörden der aufgelösten Vereine erklärten, daß sie beim Reichsgericht gegen die Maßregeln der Behörden Klage erheben werden.

### Frankreich.

Besondere Aufmerksamkeit wendet man in Pariser Regierungskreisen bei angeblich bevorstehender Erneuerung des 1911 ablaufenden Dreihundertjahres zu. Wie bei früheren Anlässen wird Frankreich jeden Schein der Einschnürung auf die Einschnürungen der italienischen Regierung zu vermeiden wissen. Eine Sprengung des Dreihundertjahres in Paris ist schließlich unerwünscht. Wohl aber erwartet man, daß für Italiens Bewegungsfreiheit noch größere Schwierigkeiten aus diesem Vertrage sich ergeben als aus dem ablaufenden, so zwar, daß Italien Anschluss an das französisch-englisch-türkische Abkommen, namentlich in orientalischen Angelegenheiten, seinem Vertragshindernisse begegnen soll. „Wenn Deutschland“, äußerte ein französischer Staatsmann, „Italien die Walzerzeit (Algeiras) gestattete, wird es auch gegen diese Quasidrille nichts einzuwenden haben.“

### Italien.

König Viktor Emanuel, der dieser Tage im Ardennegebiet weilte, hat sich in scharfen Worten über den langwierigen Fortgang der Arbeiten in Messina ausgesprochen. Die Stadtbauämter, die ihn begleiten wollten, hat er, an ihre Arbeit zurückzufahren. Dort, wo man glaubte, daß der König im Automobil vorbeikommen würde, schleppte man noch im letzten Augenblicke Berge schwerer Metalle und Hundstaber fort. — Der König zog bei allen Leuten, die ihm begegneten, Erundigungen ein und versprach, er werde dafür sorgen, daß den Abständen schneller abgeholfen werde.

### Rußland.

Nach einer Petersburger amtlichen Meldung wird der Zar im Laufe des kommenden Sommers verschiedene Reisen, darunter solche nach Norwegen und England, unternehmen. Am 9. Juli, dem 200-jährigen Gedenktage des Sieges von Poltawa, wird der Zar in Poltawa anwesend sein. Später wird er längeren Aufenthalt in Sibirien nehmen.

Die Festung Libau ist bekanntlich angegriffen worden, nachdem viele Millionen Rubel für ihre Ausrüstung aufgewendet worden waren. Nunmehr wird nach einer Petersburger Meldung die Frage erörtert, ob man wieder in eine Festung umzuwandeln, um einen bedeutenden Stützpunkt an der Ostsee zu schaffen, da im Falle der gesamten Torpedobootflotte im Bakuer Hafen Schatz haben kann. Der neue Kriegsminister Sachominow wird demnächst zum strategischen Standpunkt dieser äußerst wichtigen Frage Stellung nehmen.

### Balkanstaaten.

Von der türkischen Kammer ist die Einführung der Präfektur für Vandalien gegen die Stimmen der liberalen Bezeichnung und der Unionen angenommen.

### Der Goldhug der serbischen Ro-

tionalbank, der vor einigen Monaten wegen der Kriegsgelds nach Belgrad übergeführt worden war, wurde nach Belgrad zurückgebracht. Das ist das beste Zeichen für die fortschreitende Beruhigung des Landes.

### Amerika.

Die Regierung der Ver. Staaten hat beschlossen, im Kongreß demnächst eine neue Marinevorlage einzubringen, die etwa hundert Millionen Dollar betragen und auf etwa sechs Jahre verteilt werden soll. Präsident Taft wird die Vorlage nebst einer Denkschrift überreichen.

Der ehemalige Präsident von Venezuela, Castro, ist in Fort de France auf der Frankreich gehörenden Antilleninsel Martinique an Bord des Dampfers „Guabalo“ eingetroffen. Er ist dort an Land gegangen und hat an der Rüste Wohnung genommen. Alle anderen Häfen Westindiens hatte er für sich verschlossen gefunden. Wie verlautet, hat die venezolanische Regierung bei Frankreich angefragt, ob es einen Einwand erheben werde, falls Castro an Bord der „Guabalo“ in einem venezolanischen Hafen verhaftet würde. Aus der Antwort Frankreichs geht hervor, daß dieses gegen eine Verhaftung Castros an Bord des Dampfers Einwand nicht erheben werde.

## Die Lösung der Balkankrise.

Montenegro hat sich nunmehr endgültig dem Willen der Mächte unterworfen und die Anerkennung Serbiens und der Herzegovina durch Osterreich-Ungarn anerkannt. Die montenegrinische Regierung hat an den österreichisch-ungarischen Gesandten in Cetinje Herrn von Duhn folgende Note gerichtet: „Ich bedere mich, Eure Exzellenz zu benachrichtigen, daß ich in Verantwortung einer mir durch den Herrn Königlich italienischen Gesandten in Cetinje gemachten Mitteilung an demselben eine Note richte, von der ich Ihnen beilegend eine Abschrift übermittle. In dem Artikel 29 des Berliner Vertrages vorzunehmenden Änderungen als für die interessierten Teile betreffend ansetzt, und da Montenegro bereit ist, sich der Entscheidung zu fügen, die die Mächte bezüglich des Artikels 29 desselben Vertrages treffen werden, gibt sich die kaiserliche Regierung der Hoffnung hin, daß nichts mehr der Entwidlung und der Befestigung der guten Beziehungen zwischen der Monarchie und dem Fürstentum im Wege stehen werde.“

### Die Antwort Osterreich-Ungarns

auf die montenegrinische Note lautet folgendermaßen: „Die kaiserliche und königliche Regierung nimmt mit Befriedigung von den Erklärungen an, die die kaiserliche Regierung bezüglich ihrer Haltung gegenüber der benachbarten Monarchie kundgegeben hat, und ist glücklich, unter diesen Umständen die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Osterreich-Ungarn und Montenegro als wiederhergestellt betrachten zu können. Was die an dem Artikel 29 des Berliner Vertrages vorzunehmenden Änderungen anbelangt, ist es der kaiserlichen Regierung wohl bekannt, daß Osterreich-Ungarn seit dem vergangenen Herbst eine prinzipielle Geneigtheit, denselben zuzustimmen, erklärt hat. Die kaiserliche und königliche Regierung beklagt sich nicht, daß die letzte Mitteilung Ihrer Exzellenz ihr gestatten, diese Absichten zu veröffentlichen und im Einklang mit den übrigen Vertragsmächten des Berliner Vertrages an die Änderungen des erwähnten Artikels heranzutreten.“

Das Wiener Fremdenblatt erklärt zu der montenegrinischen Note das folgende: „Obwohl in formeller Beziehung an der Note manches auszulegen ist, wollen wir darüber hinweggehen, einerseits um die Schwierigkeiten, mit der die Politik der montenegrinischen Regierung gegenüber zu kämpfen hat, nicht zu vermehren, andererseits mit Rücksicht auf das italienische Kabinett, dessen Vermittelung die rasche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten ermöglichte. Als weiteres höheres Zeichen für den endgültigen Frieden auf dem Balkan darf die Meldung angesehen werden, daß die kaiserliche Regierung sich jetzt zu dem wichtigsten Schritt

entschlossen hat, die Barden aufzulösen, schon größtenteils in die Heimat entlassen wurden.“

## Eine Selbstverteidigung des Prinzen George.

Die Daily Mail veröffentlicht eine Mitteilung über das Verhalten des Prinzen George von Serbien, die eine halbe Wiedereröffnung der Balkankrise droht, dann werde es sich aber nicht um Serbien allein handeln, sondern um die Wiederherstellung des ganzen europäischen Gleichgewichts. Bis dahin, in drei oder vier Jahren werden Serbien und Montenegro über 200 000 wohlgeachtete Soldaten verfügen. „Aber meine Abhandlung möchte ich nicht sprechen“, besorgte schon die österreichischen Beamten, deren Berührungspunkte ich mich allmählich wagt habe“, fuhr der Erzprinz fort. „Ich habe die Fehler vieler jüngerer Prinzen, die heischig und schnell fertig mit dem Wort, mag auch monomach meine Handlungen unterziehen, aber im Bereiche zu manchen österreichischen Erbsöhnen bin ich das reinste Schaf.“ Die gerichtliche Untersuchung wird ergehen, daß mich keine Schuld an dem Tode meines Vaters trifft, aber in dem Augenblicke, da die Nation ihre Kräfte aus der Schlacht an dem 1. Juni, daß auf dem zukünftigen König von Serbien auch nicht einmal der Schatten eines Verdachtes ruhen dürfte, deshalb danke ich ab. Osterreich werde ich auf Meise gehen, zuerst nach Paris, dann nach England, wo ich mich aufhalten gedenke.“

## Von Nah und fern.

Eine Zeppeinfahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in München bei dem Reichspräsidenten von Bayern in München getroffen, um die Zeppeinfahrt nach Berlin zu besprechen. Die Zeppeinfahrt wird am 1. August stattfinden. Die Zeppeinfahrt wird am 1. August stattfinden.

Der Luftschiffhafen in Köln. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Die Luftschiffahrt nach Berlin. Der Reichspräsident hat sich in Köln bei dem Reichspräsidenten von Preußen getroffen, um die Luftschiffahrt nach Berlin zu besprechen. Die Luftschiffahrt wird am 1. August stattfinden.

Einige weitere Nachrichten und Kommentare, die teilweise über den Rand des Haupttextes hinausgehen. Sie betreffen unter anderem die politische Lage in Serbien, die Beziehungen zwischen den Balkanstaaten und die allgemeine Stimmung in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts.